

### Sammelrez: Woodrow Wilson und der amerikanische Internationalismus

Ambrosius, Lloyd E.: *Woodrow Wilson and American Internationalism*. Cambridge: Cambridge University Press 2017. ISBN: 9781107163065; 278 S.

Throntveit, Trygve: *Power Without Victory. Woodrow Wilson and the American Internationalist Experiment*. Chicago: University of Chicago Press 2017. ISBN: 9780226459875; 416 S.

Smith, Tony: *Why Wilson Matters. The Origin of American Liberal Internationalism and Its Crisis Today*. Oxford: Princeton University Press 2017. ISBN: 978-0-691-17167-8; XVIII, 332 S.

**Rezensiert von:** Marcus M. Payk, Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Nachdem das außenpolitische Establishment der USA in den ersten Monaten nach dem Wahlsieg von Donald Trump in einen Zustand aufgeregter, teils hysterischer Konfusion verfallen war, ist inzwischen wieder ein wenig Ruhe eingekehrt, wenngleich es vermutlich nur die Ruhe der Erschöpfung ist. Die Diskussion über die Implikationen und Konsequenzen der Trump-Administration für die internationalen Beziehungen hat aber längst begonnen und damit auch die Auseinandersetzung, ob es derzeit überhaupt eine amerikanische Außenpolitik gibt, welche diesen Namen verdient.<sup>1</sup> Daran mag man zwar angesichts der aus diplomatischer Ungeschicklichkeit und Unkenntnis, selbstinduzierten Handlungszwängen und einer notorischen Lust am Tabubruch erfolgten Verunsicherung der internationalen Ordnung berechnete Zweifel haben. Doch es dürfte ohnehin Konsens darin bestehen, dass sich Trump kaum als ideologisch gebundener und programmatisch angeleiteter Präsident greifen lässt, sondern weit eher als „postmodern warlord“<sup>2</sup> mit instinktsicherem Machtopportunismus.

Das war einmal anders, und unter den US-Präsidenten mit starken (außen-)politischen Überzeugungen nimmt Woodrow Wilson (1856–1924) zweifelsohne einen herausgehobenen Platz ein. „Wilson towers above the landscape of modern American foreign poli-

cy like no other individual, the dominant personality, the seminal figure“, heißt es in einer jüngeren Einführung.<sup>3</sup> Dass seine Präsidentschaft zuletzt wieder stärker in den Blick geraten ist, liegt allerdings weniger an dem unorthodoxen Politikstil Trumps und auch nicht an dem allfälligen Gedenken an den amerikanischen Kriegseintritt 1917, sondern in erster Linie an den Debatten über die Ausrichtung der amerikanischen Außenpolitik im frühen 21. Jahrhundert. Vor allem der Krieg gegen den Irak im Jahr 2003 ist untrennbar mit einem Disput über Vorbild und Schreckbild eines Wilsonianism verbunden. „Was George W. Bush the heir of Woodrow Wilson?“<sup>4</sup>, so wurde beispielsweise gefragt, und nicht selten bündelte sich in der Figur Wilsons damit das keineswegs nur historische Problem, inwieweit sich die USA auf ein Recht, gar auf eine Pflicht zur Demokratisierung anderer Länder berufen könnten. Dass der einstige Politikprofessor seine Außenpolitik zuerst als Theoretiker, Dogmatiker und Doktrinär der Demokratie betrieben habe, hört man jedenfalls oft, auch wenn die jüngere Forschung längst seine pragmatische Offenheit, seine unbestimmten Politikvorstellungen wie sein Zaudern herausgearbeitet hat.

Die harten Gegensätze zwischen den Fürsprechern Wilsons, welche den noblen Idealismus des Visionärs preisen, und seinen Gegnern, die hier lediglich weltfremde Naivität sehen, besitzen gleichwohl immer noch bemerkenswerte Kraft. Das ist auch drei neueren Publikationen abzulesen. Den Band von Lloyd Ambrosius nimmt man zunächst mit

<sup>1</sup> Brent D. Griffiths, Trump's approach is hurting the US, foreign policy experts say, in: Politico, 14.5.2018, <<https://www.politico.com/story/2018/05/14/trump-foreign-policy-damage-588030>> (30.5.2018). Siehe demnächst auch Robert Jervis u.a. (Hrsg.), *Chaos in the Liberal Order. The Trump Presidency and International Politics in the Twenty-First Century*, New York 2018 (i.E.).

<sup>2</sup> Michelle Goldberg, Affirmative Action for Reactionaries, in: New York Times, 30.3.2018, <<https://www.nytimes.com/2018/03/30/opinion/affirmative-action-diversity.html>> (30.5.2018).

<sup>3</sup> George C. Herring, *Years of Peril and Ambition. U.S. Foreign Relations, 1776–1921*, Oxford 2017, S. 369.

<sup>4</sup> John G. Ikenberry, Introduction, in: ders. u.a. (Hrsg.), *The Crisis of American Foreign Policy. Wilsonianism in the Twenty-First Century*, Princeton 2009, S. 1–24, hier: S. 1.

einiger Skepsis in die Hand, weckt er doch beim ersten Blick den Verdacht einer reinen Buchbindersynthese. Er versammelt neun bereits anderenorts erschienene Aufsätze aus den Jahren 2003 bis 2014, in denen der Verfasser, Emeritus of History von der Universität Lincoln-Nebraska, seine lebenslange Beschäftigung mit dem amerikanischen Präsidenten um einige Facetten ergänzt. Eine historische Neuinterpretation ist nicht zu erwarten, und sie wird auch nicht geboten. Im Wesentlichen bleibt Ambrosius den Thesen seiner vielbeachteten, wenngleich nicht unumstrittenen Monographie zu Wilsons Außen- und Friedenspolitik nach dem Ersten Weltkrieg treu.<sup>5</sup> In der ausführlichen Einleitung gibt sich allenfalls eine leichte Akzentverschiebung zu erkennen, indem Ambrosius hier deutlicher als zuvor die Bedeutung rassistischer und religiöser Dimensionen heraushebt. Sowohl der eklatante Rassismus Wilsons als auch seine zutiefst presbyterianischen Wurzeln seien zum Verständnis seiner Außenpolitik unverzichtbar, allzumal beides von den Anhängern eines „liberal internationalism“ notorisch unterschätzt werde zugunsten eines universalistisch-idealistisch weichgezeichneten Wilson.

Aus dem Band seien zwei Aufsätze herausgegriffen, welche diesen Punkt illustrieren können. In „Woodrow Wilson and *The Birth of a Nation*“ fächert Ambrosius den an sich bekannten Südstaaten-Rassismus des Präsidenten anhand des Films „*The Birth of a Nation*“ (1915) nochmals auf. Dass im Weißen Haus kurz nach der Premiere eine Sondervorführung des umstrittenen Stummfilm-Dramas organisiert wurde, sorgte schon zeitgenössisch für Aufsehen, wenngleich seither umstritten ist, inwieweit sich Wilson über den eklatanten Rassismus des Films vorab bewusst war oder nur seinem einstigen Kommilitonen Thomas Dixon, Jr., dem Autor des zugrundeliegenden Romans und Mitproduzenten des Films, einen Gefallen habe tun wollen. Doch das ficht Ambrosius nicht an. Er erklärt die Bereitschaft, mit der sich Wilson zum Kronzeugen für die Botschaft von „*The Birth of a Nation*“ vereinnahmen ließ, aus einem tief in der südstaatlichen Lebenswelt verankerten Glauben an eine „white supremacy“ (S. 90). Diese Überzeugung habe zu-

dem nicht allein innenpolitische Bedeutung gehabt, erkennbar etwa im Ausbau der Segregation auf Bundesebene. Auch seine Außenpolitik sei auf rassistische Vorbehalte gegründet gewesen, so Ambrosius bündig: Wilson „called for making the world safe for democracy, but he also restricted this promise in practice by drawing the color line“ (S. 92).

Diese Deutung wird im nachfolgenden Beitrag über „*The Others in Wilsonianism*“ weiter vertieft. Ausgehend vom Vierzehn-Punkte-Programm vom 8. Januar 1918, mit dem Wilson bekanntlich die amerikanischen Kriegsziele in aufsehenerregender Weise proklamierte, zeigt Ambrosius wiederum auf, dass die internationalen Ordnungsvorstellung des US-Präsidenten nur scheinbar universalistisch waren, praktisch aber auf Ausgrenzung, paternalistische Bevormundung und globale Hierarchien hinausliefen. Das betraf nicht allein die Nationen unter kolonialer Herrschaft oder Völkerschaften ohne anerkannte Staatlichkeit, sondern ebenso das deutsche Kaiserreich als Kriegsgegner oder auch das bolschewistische Russland. Jeweils wurde „das Andere“ als das Fremdartige, Gefährliche und zu Domestizierende beschrieben, so dass sich der amerikanische Kriegseintritt 1917 mühelos als Intervention im Namen der Zivilisation rechtfertigen ließ. Auch hier ist evident, dass sich dieses „Othering“ (der Begriff wird von Ambrosius nicht verwendet) nie von dem selbstverständlichen Führungsanspruch einer gebildeten, protestantischen, weißen und männlichen Elite angelsächsischer Deszendenz trennen ließ.

In der daraus folgenden Ignoranz gegenüber den Interessen, Ambitionen und Machtpositionen „der Anderen“ erkennt Ambrosius freilich das eigentliche Problem des Wilsonianism, welches von einem Großteil der historischen Forschung weitergetragen worden sei. Zu oft, so bilanziert Ambrosius am Ende des Bandes, werde die „diversity of peoples and cultures in the modern world“ (S. 255) bagatellisiert, mithin – so kann man es verstehen – die zerklüftete politische Realität des Planeten unter dem Schleier eines ostentativ

<sup>5</sup> Lloyd Ambrosius, *Woodrow Wilson and the American Diplomatic Tradition. The Treaty Fight in Perspective*, Cambridge 1987. Zur Kritik etwa die Besprechung von Bradford Perkins, in: *American Historical Review* 94 (1989), S. 1193f.

inklusive Universalismus oder Kosmopolitismus verhüllt. Dass Ambrosius als langjähriger Verfechter einer „realistischen Schule“ der internationalen Beziehungen davon wenig hält, überrascht nicht; freilich fügt sich eine solche Kritik auf bemerkenswerte Weise in die Trends einer postkolonialen Historiographie ein, welche im Internationalismus nicht mehr allein das befreiende Antidot zu einem engstirnigen Nationalismus sieht, sondern eine Schimäre der westlichen Eliten im Dienst globaler Hegemonieansprüche.

Trygve Throntveit würde da herzhafte widersprechen. In seinem Buch bemüht sich der Historiker der Harvard University nicht allein um eine Rehabilitierung Woodrow Wilsons, sondern beschreibt seinen Versuch, nach dem Ersten Weltkrieg eine neue Form der Staatenbeziehungen mit dem Völkerbund als Herzstück zu etablieren, als nobles Bemühen, dass nur kurz vor dem Ziel gescheitert sei. Das „American internationalist experiment“ müsse als Tragödie erzählt werden, so Throntveit, dessen These darauf hinausläuft, die programmatischen Absichten von Wilson scharf von der tatsächlichen Praxis des 1920 begründeten Völkerbunds abzusetzen: „Wilson's pragmatist league was never tested“ (S. 17).

Diese Bestimmung des Völkerbundes als „pragmatische“ Institution verweist auf den eigentlichen Clou von Throntveits Deutung, mit der er die Wilson'sche Politik konsequent auf den philosophischen Pragmatismus zurückführt, wie er zum Ende des 19. Jahrhunderts an den amerikanischen Universitäten aufgeblüht war. Vor allem in der politischen Ethik von William James sieht Throntveit wesentliche Denkmuster vorgezeichnet, welche die spätere Politik Wilsons nachhaltig bestimmt hätten, darunter deliberative Verfahren, eine pragmatische Entscheidungs- und Handlungsorientierung, den Glauben in die intersubjektive Kraft der Vernunft. Zwar kann Throntveit nur wenige Berührungspunkte zwischen James und Wilson rekonstruieren oder auch nur eine nachhaltige Lektüreerfahrung belegen. Doch auf einer ideengeschichtlichen Ebene ist seine Ableitung, welche Wilson ein ums andere Mal als „pragmatist in politics“ (S. 49) präsentiert, durchaus plausibel, auch wenn er die ideelle Kohärenz

der Präsidentschaft aufs Ganze gesehen vermutlich zu hoch ansetzt.

Von den Schwächen seines Protagonisten will Throntveit hingegen wenig wissen. Zwar widmet er ein Kapitel („A Certain Blindness“) der Haltung von Wilson in der Rassenfrage. Doch seine Argumentation läuft auf die Feststellung hinaus, dass es sich bei Wilson keineswegs um einen „white supremacist“ (S. 91) gehandelt habe, sondern dass er lediglich von den üblichen rassistischen Stereotypen seiner Zeit geprägt gewesen sei. Eine solche Rechtfertigung mag man mit guten (und weniger guten) Gründen vertreten, sie wirkt hier aber aufgesetzt in dem Bemühen, keinen allzu dunklen Schatten auf die politische Programmatik Wilsons fallen zu lassen. Gegen den Bildersturm auf die Vergangenheit, wie er Ende 2015 beispielsweise auch die Woodrow Wilson School of Public and International Affairs in Princeton erreicht hatte, dürfte eine solche moderate Entlastung ohnehin wenig ausrichten.<sup>6</sup> Allerdings gehen auch andere Publikationen in der Frage des latenten Rassismus' wesentlich kritischer mit Wilson um; das kaum aufzulösende Dilemma zwischen der progressiven Gesittung Wilsons und seiner reaktionären Gesinnung bildet mittlerweile die Grundspannung der meisten einschlägigen Publikationen.<sup>7</sup>

In den nachfolgenden Kapiteln folgt Throntveit der Chronologie und untersucht Wilsons politische Konzeption von den „Trials of Neutrality“ im Weltkrieg über die Zentralisierung der Bundesbürokratie bis zum amerikanischen Kriegseintritt und der „Fable of the Fourteen Points“. Auch wenn er sich hier über weite Strecken an einer reichhaltigen Literatur entlanghangeln kann, gelingen ihm doch immer neue Einsichten aus seinen Quellen, zu denen nicht zuletzt zahlreiche Nachlässe gehören. Dass die Inquiry, also jene für die amerikanischen Friedensplanungen eingesetzte Studiengruppe unter Edward House und Sidney Mezes, stark durch den politisch-philosophischen Pragmatismus geprägt worden sei, wird beispielsweise

<sup>6</sup> Zum daraufhin eingesetzten Wilson Legacy Review Committee vgl. <<https://wilsonlegacy.princeton.edu/>> (30.5.2018).

<sup>7</sup> Vgl. Patricia O'Toole, *The Moralists. Woodrow Wilson and the World He Made*, New York 2018.

---

überzeugend dargestellt. Nahezu sämtliche Führungsköpfe der Inquiry „trained an implicitly pragmatist lens on world affairs“ (S. 239), so Throntveit, der diesen Blickwinkel besonders für Walter Lippmann herausarbeitet. In der Tat macht seine intellektuelle Ableitung der politischen Haltungen aus dem Pragmatismus gerade dort besonders Sinn, wo sie nicht allein ideengeschichtlich begründet wird, sondern sich durch personale Kontakte und Arbeitszusammenhänge im Milieu des progressiv-demokratischen Internationalismus untermauern lässt; vor allem die Zeitschrift „New Republic“ bildete hier die zentrale Schnittstelle.

Schließlich hat es sich Throntveit in besonderer Weise zum Ziel gesetzt, die amerikanische Gesellschaft gegen den verbreiteten Vorwurf in Schutz zu nehmen, nach 1919 jeder internationalen Verpflichtung überdrüssig gewesen zu sein. Das Gegenteil sei der Fall gewesen, denn in breiten Bevölkerungsteilen habe nach dem Weltkrieg eine ungeahnte Bereitschaft für eine weitreichende Beschränkung der nationalen Souveränität bestanden. Die Idee des Völkerbundes wäre überaus populär gewesen, so Throntveit, und es sei nicht wirklich erwartet worden, dass der Beitritt der USA scheitern würde. Für dieses Fiasco, also die Ablehnung des Versailler Vertrages im US-Kongress, sieht er zwar eine Mitverantwortung Wilsons, da dieser die in Paris ausgehandelten Kompromisse in den USA nicht hinreichend deutlich kommuniziert und im persönlichen Umgang schließlich auch seine „pragmatist methods“ (S. 288) aufgegeben habe. Doch im Grunde sei es die Führung der Republikanischen Partei um Henry Cabot Lodge gewesen, welche aus innenpolitischem Kalkül eine Mitgliedschaft der USA erfolgreich vereitelt habe. Damit sei der amerikanische Internationalismus im Geiste Wilsons unvollendet geblieben. Weder nach dem Zweiten Weltkrieg noch nach 1989/91 sei ernsthaft versucht worden, daran anzuknüpfen, und auch die Gegenwart sei weiterhin von einem Denken in machtpolitischen Kategorien bestimmt.

Im Gegensatz zu dieser pessimistischen Note billigt der Politikwissenschaftler Tony Smith von der Tufts University den Wilson'schen Idealen durchaus beträchtliche

Wirkmacht zu, gerade für den weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts. Keineswegs habe man den Wilsonianism nach 1920 beerdigen müssen, so argumentiert Smith in seiner Studie, in der er besonders die von den USA initiierte Transformation Deutschlands und Japans nach 1945 heraushebt. Die Demokratisierung dieser Länder würde einen „Wilsonian Highpoint“ (S. 156) darstellen, der die internationale Staatenwelt nachhaltig befriedet habe; unter amerikanischem Einfluss sei gerade Deutschland von einem Verfechter einer gewalthaften Machtpolitik zu einem Bannerträger des liberalen Internationalismus gereift. Als problematisch sieht der Autor hingegen an, dass sich die USA in den letzten Dekaden immer mehr selbst von den Idealen Wilsons verabschiedet habe. Es sei völlig abwegig und verfälschend, die jüngere US-Außenpolitik mit dem Begriff des „Neo-Wilsonianism“ zu belegen, so Smith, wobei er insbesondere gegen das Argument der Bush-Administration polemisiert, der Irak-Krieg von 2003 werde einer demokratischen Zivilgesellschaft an Euphrat und Tigris den Weg bereiten.

Damit ist das Anliegen der zwar im Kern politikwissenschaftlichen, aber stark historisch argumentierenden Untersuchung umrissen. Smith möchte seinem Publikum die ursprünglichen Denkwelten und Anliegen von Woodrow Wilson nahebringen und zeigen, dass es sich hier keineswegs um den Apostel eines demokratisch verbrämten Imperialismus gehandelt habe. Ähnlich wie auch Throntveit sieht Smith in Wilson einen avancierten Denker, der den Gleichklang demokratischer und friedfertiger Verhältnisse früher als andere erkannt und für die Außenpolitik fruchtbar zu machen versucht habe. Um die Positionen des amerikanischen Präsidenten zu rekonstruieren, greift Smith auf die einschlägigen Schriften und Selbstzeugnisse zurück, betrachtet aber fallweise auch die politische Praxis, mit der Wilson die Grundsätze einer demokratischen Selbstbestimmung und eines „consent of the governed“ auf internationaler Ebene zu verankern versucht habe. Dazu zählt beispielsweise die Entstehung der Satzung des Völkerbundes in den Pariser Friedensverhandlungen von Frühjahr 1919, während derer Wilson eine klare Privi-

legierung demokratischer Staaten verfochten habe. Denn um das alte Gleichgewichtsprinzip der Mächte (Balance of Power) abzulösen und dem Gedanken eines gemeinschaftlichen Sicherheitssystems (Collective Security) zum Durchbruch zu verhelfen, sei die Frage nach der Zusammensetzung des Völkerbunds von ausschlaggebender Bedeutung. Nur demokratischen Nationen sei ein echtes Bekenntnis zum Multilateralismus zuzutrauen, so wurde von amerikanischer Seite in der Völkerbund-Kommission argumentiert, weshalb die Aufnahme Deutschlands oder auch Russlands in den Völkerbund keineswegs selbstverständlich sei. Freilich dürfte Smith hier die ideelle Fundierung von Wilsons Position überschätzen und dessen schwankende Haltung gegenüber dem Regimewechsel in Deutschland etwas zu sehr simplifizieren. Auch Wilsons viel diskutierte Ablehnung der von japanischer Seite vorgeschlagenen „Rassenklausel“ findet keine nähere Betrachtung. In der Pariser Diskussion ergab sich jedenfalls bald eine andere Dynamik, in der jede Frage nach der Staatsform ausgeblendet und die Zulassung zum Völkerbund allein auf die Fähigkeit und Bereitschaft der Nationen abgestellt wurde, sich an die eingegangenen Rechtspflichten zu halten.

Nach 1920 hätte die weltpolitische Zurückhaltung der USA zwar die Strahlkraft von Wilsons Vision zunächst belastet, so Smith, doch nach dem Zweiten Weltkrieg und in der ideologischen Konkurrenz mit der Sowjetunion habe sie zu neuem Glanz gefunden. Erst mit dem Ende des Kalten Krieges sei eine schleichende Auszehrung eingetreten. Die USA hätten sich seither vom Verteidiger der freien und demokratischen Nationen zum Missionar einer globalen „free market democracy“ (S. 190) gewandelt, wobei der Autor auch das eigene Fach nicht von einer Verantwortung freisprechen will. Die szientistische Weltsicht einer IR-Theorie, in der nicht mehr nach kulturellen Unterschieden und historischen Voraussetzungen gefragt, sondern alles in quantifizierbare Parameter zerlegt würde, hätte den Wilsonianism ebenso untergraben wie eine Moralisierung der Außenpolitik von der „Democratic Peace Theory“ bis hin zur Prämisse einer „Responsibility to Protect“. Die US-Außenpolitik der letzten Jahre (die Smith

freilich nur bis einschließlich der Präsidentschaft Barack Obamas betrachtet) agiere auch deshalb so hilflos, weil sie die Transformation der islamischen Welt, aber auch Chinas oder Russlands in liberale Demokratien als historisch notwendig und alternativlos erachte. Notwendig sei hingegen eine Rückbesinnung auf Wilson, der nicht von abstrahierten Modellen ausgegangen sei, sondern die mentalen und kulturellen Konditionen einer demokratischen Gemeinschaft anerkannt habe. Ob und inwieweit dazu auch eine Auseinandersetzung mit Wilsons rassistischer Weltansicht gehörten sollte, wird von Smith indes nicht systematisch erörtert. Das ist schade, denn dass die Frage nach dem Zusammenhalt demokratischer Gesellschaften den Problemen von Heterogenität und Homogenität nicht ausweichen kann, und zwar sowohl im Innenverhältnis wie in einer unübersichtlichen Staatenwelt, liegt auf der Hand.

Nach der Lektüre der hier vorgestellten Publikationen lässt sich kaum bestreiten, dass Woodrow Wilson der amerikanischen Gesellschaft der Gegenwart offenkundig noch etwas zu sagen hat. Alle drei Bücher, die lediglich beispielhaft für eine größere Zahl neuerer Veröffentlichungen stehen, verweisen nicht allein auf die unausgesetzte Spannung, welche in der amerikanischen Außenpolitik zwischen radikaler Isolation („America First“) und weltweiter Intervention besteht. Sie demonstrieren auch einmal mehr, welche schillernden Facetten sich bei dem vermeintlich nüchternen Akademiker und theoretisch angeleiteten Woodrow Wilson entdecken lassen. Dass dabei jeder Betrachterin und jedem Betrachter andere Aspekte ins Auge fallen, dürfte, neben dem ausgeprägten Geltungsbewusstsein, eine der wenigen Gemeinsamkeiten darstellen, welche den 28. und den 45. Präsidenten der USA miteinander verbinden.

HistLit 2018-2-136 / Marcus M. Payk über Ambrosius, Lloyd E.: *Woodrow Wilson and American Internationalism*. Cambridge 2017, in: H-Soz-Kult 07.06.2018.

HistLit 2018-2-136 / Marcus M. Payk über Throntveit, Trygve: *Power Without Victory. Woodrow Wilson and the American Internationalist Experiment*. Chicago 2017, in: H-Soz-Kult 07.06.2018.

---

HistLit 2018-2-136 / Marcus M. Payk über  
Smith, Tony: *Why Wilson Matters. The Origin of American Liberal Internationalism and Its Crisis Today*. Oxford 2017, in: H-Soz-Kult  
07.06.2018.